

der Stuttgarter Koalition zu bedeuten. Witzbolde verwiesen alsbald auf die spezielle Eignung Saams: Der FDP-Mann hatte sich in den fünfzig Jahren als bundesdeutscher Konsul und Geschäftsträger in Accra erfolgreich im Umgang mit Schwarzen geübt.

Gleichwohl entzündete sich ausgerechnet am Diplomaten Saam noch vor seiner Parteiführer-Bestallung eine Art Koalitionsstreit: Die Liberalen wollen ihr neues Partei-Oberhaupt gegen den Willen der CDU verspätet in den Stuttgarter Landtag hieven.

Der Konsul von Wildbad hatte bei der Landtagswahl am 26. April 1964 als FDP-Kandidat im heimatlichen Wahlkreis Calw 9887 Stimmen für seine Partei in die Urnen gebracht — vier zu wenig für die Zuteilung eines Mandats. So zog nicht Saam, sondern der Reutlinger CDU-Mann Barthold in den Landtag ein.

Bei genauer Nachprüfung fanden sich freilich noch einige gültige FDP-Stimmen. Das Mandat für Saam rückte in greifbare Nähe, als vom Landeswahlausschuß zum Entsetzen der FDP 56 umstrittene Briefwahl-Stimmen aus einem Altersheim im Wahlkreis Wangen nachträglich für gültig erklärt wurden. Saam war vorerst ausgepunktet.

Der Wahlprüfungsausschuß des Stuttgarter Landtags, in dem die CDU die Mehrheit hat und die FDP nur durch ein beratendes Mitglied vertreten ist, lehnte den Einspruch der Liberalen ab. Aber das Ausschuß-Votum — CDU-Barthold bleibt im Landtag, FDP-Saam bleibt draußen — wurde von Saams Parteifreunden dann, unterstützt von der SPD, im Landtagsplenum zu Fall gebracht: Opposition und kleine Regierungspartei formierten sich zur Ad-hoc-Koalition und überstimmten die CDU 55:52. Jetzt soll Baden-Württembergs Staatsgerichtshof darüber entscheiden, ob der freidemokratische Parteichef Saam eine politisch-parlamentarische Plattform bekommt.

## WAHLEN

### HESSEN

### Ganz hinten

Für die Kommunalwahlen am nächsten Sonntag gaben die Sozialdemokraten die Parole aus: „Hessen vorn“. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kehrte der hessische FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Ludwig Schneider um: „Hessen ist ganz hinten.“

Schneider kritisierte mit dieser Formulierung, daß die dreieinhalb Millionen Wahlberechtigten in Hessen auch diesmal ihre Stimme nicht per Briefwahl abgeben dürfen. FDP-Schneider: „In allen Ländern ist die Briefwahl gesetzlich zugelassen.“

Obwohl Schneider irrte\*, war seine Mutmaßung, die hessische SPD befürchte, „durch die Briefwahl bei ihren knappen Mehrheiten nicht mehr allein die Macht ausüben zu können“, nicht ganz abwegig.

Briefwahlen waren für die Sozialdemokraten meistens ein schlechtes Geschäft:

▷ So verbuchte die SPD bei den Bundestagswahlen 1961 (bei denen Briefwahl bundeseinheitlich erlaubt war) in Hessen 43,4 Prozent aller Stimmen, die in den Wahllokalen abgegeben wurden; bei der Auszählung der



Simplicissimus

Briefwahl: „Ich finde die Idee großartig! Man kann sein Wochenende in einem gepflegten Hotel verbringen und braucht sich nicht in so 'nem muffigen Wahllokal zwischen lauter popligem Volk anzustellen, bis man drankommt!“

brieflich abgegebenen Stimmen brachte sie es nur auf 33,6 Prozent.

▷ Umgekehrt erreichte die hessische CDU dagegen bei derselben Bundestagswahl nur 34,3 Prozent der Stimmen, die in Wahllokalen abgegeben wurden, bei der Briefwahl aber 43 Prozent.

FDP-Schneider, dessen Partei gleich der CDU von den Briefwahlen profitierte, erläutert das so: „Das liegt daran, daß FDP- und CDU-Wähler aus beruflichen und sonstigen Gründen viel öfter nicht an ihrem Wohnsitz sein können als die SPD-Wähler, und das auch an den Wahltagen.“

\* Auch in Niedersachsen ist die Briefwahl bei Kommunalwahlen nicht zulässig; in Berlin soll sie demnächst eingeführt werden.

Vorstöße der oppositionellen hessischen Frei- und Christdemokraten, mit Hilfe einer Wahlgesetzänderung das Reservoir ihrer reiselustigen Anhänger auch bei den Landtags- und Kommunalwahlen voll auszuschöpfen, ließen sich bislang immer wieder an einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) aus dem Februar 1961 tot. Der 2. BVG-Senat stellte damals fest, daß niemand in Deutschland zur Einführung der Briefwahl „verfassungsrechtlich“ verpflichtet sei.

Ebenfalls im Jahre 1961 wurde ein Grundgesetz-Kommentar von Professor Theodor Maunz, der vor kurzem als bayrischer Kultusminister zurücktrat, veröffentlicht. Auch auf ihn konnten sich nun Hessens Sozialdemokraten stützen: „Bedenklich ist die gegenwärtige Form der Briefwahl, da bei ihr in keiner Weise gewährleistet ist, daß der Wähler seinen Stimmzettel ohne Überwachung seitens Dritter ausfüllt“ (Maunz).

Die Argumente gegen die Einführung der Briefwahl wurden präsentiert von:

▷ Frank Seiboth, Fraktionschef der GDP (die zusammen mit der SPD in Wiesbaden regiert) und Direktor der staatlichen hessischen Toto- und Lottogesellschaft: „Wir wollen vermeiden, daß, wie es so oft geschieht, vor Wahlen in den Familien die Wahlzettel wie Lottoscheine ausgefüllt werden.“

▷ Heinrich Schneider, SPD-Innenminister von Hessen: „Es gibt ja auch Familien-Despoten, die sich zu Hause als Wahl-Despoten gebärden.“

▷ Rudi Arndt, ehemals SPD-Fraktionschef im Landtag, heute Wirtschaftsminister: „Der CDU geht es bei der Briefwahl nur darum, bestimmten Wählern die Hand führen zu können.“

Arndts Attacke kam nicht von ungefähr. Denn immerhin gab es im Innenministerium Akten zu einem Vorfall, der sich bei den ersten westdeutschen Wahlen mit Briefwahlmöglichkeit, den Bundestagswahlen 1957, im hessischen Großauheim zugetragen hatte. Damals füllten eine Caritas-Helferin (Ehefrau des CDU-Vorsitzenden) und eine Rot-Kreuzlerin Stimmzettel kranker Bürger aus und trugen sie ins Wahlamt. Unter anderem wegen Wahlfälschung wurden die beiden Wahlhelferinnen später zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

An dem Mißtrauen gegenüber der Briefwahl änderten auch Erfahrungen nichts, die Hessens Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen im Jahr 1962 machen mußten: Um Bürgern, die am Wahltag verhindert waren, die Stimmabgabe zu ermöglichen, ließen die Hessen 618 „Vorauswahllokale“ einrichten. In ihnen konnten Wähler auch schon „an den sieben dem Wahltag vorangehenden Tagen“ ihre Stimme abgeben.

Die Sozialdemokraten hatten mit dem Experiment wenig Glück. Ausgerechnet für den achten Tag vor der Wahl beorderte das Bundesverteidigungsministerium 2500 Soldaten der in Wetzlar stationierten 13. Panzergrenadier-Brigade zu einer dreiwöchigen Übung nach Frankreich.

Hessens SPD-Innenminister Schneider fragte per Fernschreiber in Bonn an, ob es nicht möglich sei, die wahlberechtigten Landsler „unter Gewährung von Urlaub mit Omnibussen vom Truppen-

übungsplatz in Frankreich zur Wahl nach Hessen befördern zu lassen“.

Der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß lehnte ab: Abgesehen davon, daß für ein derartiges Unternehmen mindestens 25 Omnibusse benötigt würden, die nicht zur Verfügung stünden, sei „ein derartiger Transport wegen der damit verbundenen hohen Betriebsstoff- und anderen Kosten... unverträglich“.

Außerdem belehrte der CSU-Mann Strauß den SPD-Mann Schneider fernschriftlich: „Soweit ich unterrichtet bin, hat in Hessen die parlamentarische Mehrheit die Briefwahl abgelehnt. Aus der ... geschilderten Situation ergibt sich, wie wichtig es ist, wenn ein Land die Möglichkeit der Briefwahl hat.“

## NORDSCHLESWIG

### MINDERHEIT

#### Klammer wichtig

Drei deutsche Dänen bekannter politischer Vergangenheit und ungewisser politischer Zukunft machten am Dienstag letzter Woche beim Kieler Ministerpräsidenten Helmut Lemke Visite. Es erschienen, ihr Schicksal zu beklagen und Hilfe zu erbitten, die schwarz gekleideten Herren

▷ Jef Blume, 51, während der deutschen Besetzung Dänemarks in der NSDAPN (N = Nordschleswig) aktiv, bis 1940 Führer der deutschen Minderheiten-Jugend im dänischen Nordschleswig, später Leutnant in der Waffen-SS-Division Viking, 1948 von den Dänen wegen „Schädigung des dänischen Volkes“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt;

▷ Harro Marquardsen, 54, ehemals aktiv in der NSDAPN, während der deutschen Besetzung Vorsitzender des nach Blut- und - Böden - Ideen ausgerichteten „Landwirtschaftlichen Vereins für Lügumkloster“, 1945 Funktionär im dänischen Internierungslager Faarhus;



Deutsch-Däne Blume  
Trost aus Kopenhagen



Deutsch-Däne Marquardsen  
Hilfe aus Bonn

▷ Jes Schmidt, 47, ehemals aktiv in der NSDAPN, vor 1945 längere Zeit Vorsitzender des Deutschen Jugendverbandes in Nordschleswig.

Die Besucher waren die Kandidaten der minderheitsdeutschen „Slesvigsk Parti“ („Schleswigsche Partei“), die bei der dänischen Reichstagswahl am 22. September — erstmals seit 1953 — kein Mandat für die 25 000 deutschen Nordschleswiger erringen konnte — aus Gründen, die sie sich überwiegend selbst zuzuschreiben haben:

Sie lehnten es ab, den angesehenen liberalen Dänemark-Deutschen Hans Schmidt-Oxbüll, der die deutsche Minderheit seit 1953 im Dänischen Reichstag vertreten hatte, wieder als alleinigen Kandidaten aufzustellen. (Schmidt-Oxbüll verweigerte daraufhin den drei Neubewerbern jede Unterstützung, obwohl ihm die Kieler Staatskanzlei einen Bonner Orden in Aussicht gestellt hatte.)

Und sie begingen den Fehler, ihre Siegeshoffnung auf die Ressentiments alter Kämpfer aus der Viking-Division der SS zu setzen, denen sie Wahlpropaganda-Sentenzen wie „Beseitigung jeder diskriminierenden Behandlung der Frontfreiwilligen“ widmeten.

Die Rechnung ging nicht auf. Den deutschen Nordschleswigern mißfiel, daß, wie die „VZ Kieler Morgen-Zeitung“ formulierte, „in der Führung der Minderheit offenbar Kräfte nach vorn gekommen sind, die aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 noch erhebliche Belastungen mit sich herumtragen und denen das dänische Gastvolk den Vorwurf der Illoyalität gegenüber dem dänischen Staat machen kann“.

Trotz ihrer Niederlage aber hoffen die drei Durchgefallenen doch noch auf eine politische Zukunft in Kopenhagen. Ministerpräsident Lemke, so baten sie bei ihrer Audienz in Kiel, möge doch seine guten Beziehungen zu Dänemarks Regierungschef Jens Otto Krag einsetzen, um ihnen ein Quasi-Mandat im Dänischen Reichstag zu verschaffen.

Sie verwiesen dabei auf das Beispiel, das Schleswig-Holstein vor zehn Jahren in einem gleichartigen Fall gegeben hatte. Damals war es dem „Südschleswigschen Wählerverband“ (SSW), der die Interessen der dänischen Minderheit im Norden der Bundesrepublik vertritt, nicht gelungen, die Fünf-Prozent-Klausel zu erfüllen. Der Landtag gab daraufhin zwei Vertretern des SSW bis zur Neuwahl 1958 Gelegenheit, als Berater im Parlaments-„Ausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit“ mitzuarbeiten.

Lemke versprach Rat und Förderung, denn ihm erscheint es „gerade im wachsenden Europa ... wichtig, daß die volklichen Minderheiten als geistige Klammern zwischen den Völkern erhalten bleiben“.

Und auch Ministerpräsident Krag, den die drei Nordschleswiger Anfang nächster Woche besuchen wollen, ließ inzwischen wohlwollende Prüfung des Projekts einer mandatslosen Vertretung der Nordschleswig-Deutschen in Kopenhagen zusagen.

Sollte aus dem politischen Marsch auf die dänische Hauptstadt dennoch nichts werden, brauchen sich die drei Pilger zwischen Kiel und Kopenhagen wenigstens um ihre private Zukunft keine Sorgen zu machen:

Blume bewirtschaftet einen Bauernhof im dänischen Norderlügum und ist — täglich pendelnd — als Konrektor der Volksschule im deutschen Süderlügum Beamter des Kieler Kultusministeriums.

Marquardsen ist Bauer und Parteivorsitzender und bekommt Gehalt vom „Bund Deutscher Nordschleswiger“, der vom Gesamtdeutschen Ministerium und aus dem Etat Schleswig-Holsteins Beihilfen erhält.

Schmidt schließlich redigiert seit 1948 das deutschsprachige Minderheiten-Blatt „Der Nordschleswiger“, das von Erich Mendes Gesamtdeutschem Ministerium subventioniert wird.



Deutsch-Däne Schmidt  
Rat aus Kiel